



## **Wahl eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds des Strafgerichts für die Dauer von zwei Jahren**

Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission  
vom 22. April 2026

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat die Vorlage Nr. 4085.1 - 18534 am 22. April 2026 beraten. Das Protokoll führte Peter Berchtold, Stawiko-Sekretär. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

1. Ausgangslage
2. Eintretensdebatte
3. Detailberatung
4. Schlussabstimmung
5. Anträge

### **1. Ausgangslage**

Das Strafgericht des Kantons Zug besteht seit 1. Januar 2025 aus fünf Mitgliedern (3 Vollämter, 2 Teilämter; total 4,7 Personaleinheiten [PE]). Unterstützt wird es durch 3,4 PE Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber; zusätzlich wurden dem Strafgericht vom Obergericht seit längerem 1,0 PE über ein Aushilfsbudget sowie für den Rest dieses Jahres temporär weitere 0,8 PE abgetreten.

Seit Mitte November 2025 sei ein teilamtliches Mitglied des Strafgerichts (90%) aus gesundheitlichen Gründen im Umfang von 50% arbeitsunfähig. Die Dauer der teilweisen Arbeitsunfähigkeit sei unklar und dürfte noch mehrere Monate andauern. Gleichzeitig sei die Arbeitslast beim Strafgericht seit geraumer Zeit hoch, namentlich aufgrund steigender Fallzahlen, komplexer (u. a. wirtschaftsstrafrechtlicher) Verfahren sowie eines zunehmenden Verfahrensaufwands infolge ausgebauter Verfahrensrechte.

Das Strafgericht hat deshalb dem Obergericht den Antrag eingereicht, es sei beim Kantonsrat möglichst zeitnah der Einsatz eines ausserordentlichen Ersatzmitglieds des Strafgerichts (PE 1,0) für die Dauer von zwei Jahren zu beantragen.

Aufgrund der beschriebenen Situation besteht aus Sicht des Obergerichts dringender Handlungsbedarf. Einerseits fehlten für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags seit nunmehr fünf Monaten rund 0,45 richterliche PE und dieser Ausfall dürfte auch noch einige Zeit andauern. Andererseits seien in den vergangenen zwei Jahren deutlich mehr, zum Teil sehr komplexe Fälle beim Strafgericht eingegangen. Die Pendenzen seien deshalb trotz verschiedener ergriffener Massnahmen konstant angewachsen.

Gemäss § 16 Abs. 1 Bst. b des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG, BGS 161.1) wählt der Kantonsrat ausserordentliche Ersatzmitglieder für die Dauer der Verhinderung, wenn ein Mitglied infolge Krankheit oder aus anderen Gründen voraussichtlich für mehrere Monate an der Ausübung des Amtes verhindert sein wird. Überdies ist auch ein ausserordentliches Mitglied zu wählen, wenn ein Gericht wegen einer ausserordentlichen Zunahme der Arbeitslast nicht mehr in der Lage ist, seine Aufgaben innert angemessener Frist zu erfüllen (§ 16 Abs. 1 Bst. c GOG). Gestützt darauf beantragt das Obergericht zur Überbrückung und zur Entlastung des Verhandlungs- und Pendenzenbestands ein ausserordentliches Ersatzmitglied für die gesetzliche Maximaldauer von zwei Jahren zu wählen. Ergänzend sei über das Budget 2027 eine unbefristete Erhöhung der Gerichtsschreiberkapazitäten um 1,6 PE vorgesehen, um insbesondere die Urteilsredaktion zu beschleunigen.

Für die Wahl werden dem Kantonsrat drei Kandidaturen vorgeschlagen. Die Entlöhnung ist gemäss Maximalwert der 22. Lohnklasse vorgesehen; daraus ergeben sich Kosten von rund 240 000 Franken pro Jahr (inkl. Neben- sowie Infrastrukturkosten).

Die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden hat aufgrund der Dringlichkeit die Direktüberweisung der Vorlage gemäss § 17 Abs. 1 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Kantonsrats (GO KR, BGS 141.1) an die engere Justizprüfungskommission und an die engere Staatswirtschaftskommission per Zirkularbeschluss genehmigt.

Die Beratung des Antrags des Obergerichts in der engeren Justizprüfungskommission findet ebenfalls am 22. April 2026 statt, weshalb das Ergebnis der Stawiko zum Zeitpunkt ihrer Beratung noch nicht vorliegt. Die Stawiko konzentriert sich bei ihrer Beratung auf die finanziellen Aspekte der Vorlage. Sie schlägt keine Person zur Wahl vor, da dies Aufgabe der engeren Justizprüfungskommission sei.

## **2. Eintretensdebatte**

→ Die Stawiko ist stillschweigend auf die Vorlage eingetreten.

## **3. Detailberatung**

Es wird der Zeitdruck, unter welchem der Antrag des Obergerichts behandelt werden muss, bemängelt. Die Vorlage musste gemäss § 17 Abs. 1 GO KR direkt überwiesen werden und die engere Justizprüfungskommission sowie die engere Stawiko mussten das Geschäft gleichzeitig beraten. Dies ist unbefriedigend. Wenn früher auf den Ausfall und die hohe Pendenzenlast reagiert worden wäre, hätte ein näher am ordentlichen Prozess liegender Ablauf gewählt werden können.

Die Stawiko hält fest, dass die Wahl auf zwei Jahre befristet ist. Diese Befristung ist einzuhalten. Es würde nicht angehen, die Wahl beziehungsweise den Einsatz des Ersatzmitglieds «stillschweigend» zu verlängern. Insbesondere, da es sich um eine Erhöhung um 0.5 PE handelt, nicht um einen reinen Ersatz eines Ausfalls.

## **4. Schlussabstimmung**

Die Stawiko beschliesst mit 7 Ja- zu 0 Nein-Stimmen, der Vorlage Nr. 4085.1 - 18534 zuzustimmen.

**5. Anträge**

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt Ihnen die Stawiko, auf die Vorlage Nr. 4085.1 - 18534 einzutreten und ihr zuzustimmen.

Edlibach, 22. April 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Namen der Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Tom Magnusson